



Historischer Händedruck zwischen Obama und Castro auf der Trauerfeier Nelson  
Mandelas (Quelle: [The Guardian](#))

Havanna/Wa  
shington. Mit  
geradezu  
historischen  
Ansprachen  
haben die  
Präsidenten  
Kubas und  
der USA,  
Raúl Castro  
und Barack  
Obama, am  
Mittwoch das  
bilaterale  
Verhältnis

neu  
definiert.  
Nach einem  
Austausch  
von  
Gefangenen  
kündigten  
beide  
Staatschefs  
weitreichend  
e  
Veränderung  
en an. So  
sollen die  
diplomatisch  
en  
Beziehungen  
wieder in  
vollem Maße

aufgenomme  
n werden.  
Am Dienstag  
hatten  
Castro und  
Obama rund  
eine Stunde  
lang  
telefoniert.  
Es war der  
erste direkte  
Kontakt auf  
dieser Ebene  
seit der  
kubanischen  
Revolution  
1959.

In seiner Fernsehansprache an das kubanische Volk nahm Castro zu jüngsten Ereignissen im Verhältnis mit den USA Stellung. Die sozialistische Insel hat am Mittwoch den seit 2009 in Kuba inhaftierten US-Spion Alan Gross „aus humanitären Gründen“ freigelassen. Aus der Haft entlassen wurde auch ein CIA-Spion, der in Kuba 20 Jahre lang gefangen war. Mehrere Dutzend Systemoppositionelle sollen begnadigt werden.

Im Gegenzug kamen die drei verbliebenen kubanischen Aufklärer der „Cuban Five“ frei, die seit 1998 in den USA inhaftiert waren. „Wie von Fidel im Juni 2001 versprochen, als er sagte: ‚Sie werden zurückkehren!‘, sind heute Gerardo, Ramón und Antonio in unserer Heimat eingetroffen“, sagte Raúl Castro. Die bei den Verhandlungen mit den USA erzielten Fortschritte zeigten, dass für viele Probleme eine Lösung zu finden sei, so der kubanische Präsident.

In Bezug auf die Freilassung der drei Kubaner sagte Raúl Castro: „Diese Entscheidung von Präsident Obama verdient den Respekt und die Anerkennung unseres Volkes.“ Castro erneuerte die Bereitschaft seines Landes „auf der Grundlage souveräner Gleichheit einen

respektvollen Dialog zu führen“. Dabei könne auch über strittige Themen wie nationale Souveränität, Demokratie, Menschenrechte und Außenpolitik gesprochen werden.

Castro forderte die US-Regierung auf, die weiterhin bestehende Handels- und Finanzblockade zu beenden. Obama solle von seinen Kompetenzen Gebrauch machen, um bestehende Hindernisse zu beseitigen. „Wie wir bereits wiederholt angemerkt haben, müssen wir die Kunst erlernen, mit unseren Differenzen auf zivilisierte Weise zusammenzuleben“, sagte der kubanische Präsident und fügte hinzu: „Über diese wichtigen Themen werden wir später noch zu reden haben.“

Obama kündigte in seiner rund viertelstündigen Rede eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Kuba an. Er habe Außenminister John Kerry beauftragt, entsprechende Verhandlungen einzuleiten. Seit der Regierung von Präsident James Carter verfügten die USA lediglich über eine Interessenvertretung in Havanna. Nun soll wieder eine Botschaft eröffnet werden. Obama zählte zudem eine Reihe von Maßnahmen auf, um die Beziehungen zu verbessern: Reisefreiheit für US-Amerikaner, Geldüberweisungen, Handel. „Die Isolationspolitik gegenüber Kuba hat nicht funktioniert“, so sein Resümee. Er wolle sich im Kongress daher für eine Ende der Blockadegesetze einsetzen, die in den USA als „Embargo“ bezeichnet werden.

Es wird tatsächlich spannend zu beobachten sein, wie der Vorstoß Obamas in Angeordnetem Haus und Senat aufgenommen wird. Unmittelbar nach der Ansprache des Präsidenten meldete sich der US-kubanische Senator Marco Rubio mit einer wüsten Attacke gegen Obama zu Wort. Auch der ebenfalls US-kubanische Vorsitzende des Außenpolitischen Komitees des Senats, Bob Menendez, dürfte nicht erfreut sein, von den exilkubanischen Hardlinern in Miami ganz zu schweigen. Doch Obama hat eben nur noch wenig zu verlieren. Und die Positionierung für oder gegen die Kuba-Blockade lässt sich in den USA schon lange nicht mehr an Parteigrenzen ausmachen. Rubio etwa ist Republikaner, Menendez Demokrat. In diplomatischen Kreisen Kubas hieß es zuletzt, der Sieg der Republikaner bei den Zwischenwahlen in den USA sei daher sogar positiv zu bewerten: Menendez wird demnächst wohl seinen Posten verlieren. ([Amerika21](#))

Ansprache des kubanischen Präsidenten Raúl Castro am 17. Dezember 2014

Landsleute:

Seit meiner Wahl zum Präsidenten des Staats- und Ministerrats habe ich zu verschiedenen Anlässen unsere Bereitschaft bekundet, mit der Regierung der Vereinigten Staaten einen auf souveräner Gleichheit beruhenden respektvollen Dialog zu führen, um wechselseitig die verschiedensten Themen ohne Beeinträchtigung der nationalen Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung unseres Volkes zu behandeln.

Diese Position wurde der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber sowohl in öffentlicher als auch privater Form durch den Compañero Fidel in verschiedenen Momenten unseres langen Kampfes zum Ausdruck gebracht mit der Empfehlung, die Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren und durch Verhandlungen beizulegen, ohne dabei auch nur ein einziges unserer Prinzipien aufzugeben.

Das heldenhafte kubanische Volk hat im Angesicht großer Gefahren, Aggressionen, Widrigkeiten und Opfer bewiesen, dass es seinen Idealen von Unabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit treu ist und immer sein wird. Eng vereint haben wir in diesen 56 Jahren der Revolution tiefe Treue gegenüber jenen bewahrt, die seit dem Beginn unserer Unabhängigkeitskriege, von 1868 an, in Verteidigung dieser Prinzipien gefallen sind.

Zur Zeit bringen wir, ungeachtet der Schwierigkeiten, die Aktualisierung unseres Wirtschaftsmodells voran, um einen gedeihlichen und nachhaltigen Sozialismus aufzubauen.

Als Ergebnis eines Dialogs auf höchster Ebene, der ein Telefongespräch beinhaltete, das ich gestern mit Präsident Barack Obama führte, konnten bei der Behandlung einiger Themen, die im Interesse beider Nationen liegen, Fortschritte erzielt werden.

Wie Fidel im Juni 2001 versprach, als er sagte „Sie werden zurückkehren!“, trafen heute Gerardo, Ramón und Antonio in unserem Vaterland ein.

Die unermessliche Freude ihrer Familienangehörigen und unseres ganzen Volkes, das sich unermüdlich für dieses Ziel eingesetzt hat, erfasst jene Hunderte von Solidaritätskomitees und -gruppen, Regierungen, Parlamente, Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten, die während dieser 16 Jahre ihre Befreiung gefordert und unverzagt Anstrengungen hierzu unternommen hatten. Ihnen allen sprechen wir unsere tiefste Dankbarkeit und Wertschätzung aus.

Diese Entscheidung Präsident Obamas verdient den Respekt und die Anerkennung unseres Volkes.

Dank und Anerkennung möchte ich dem Vatikan aussprechen, insbesondere Papst Franziskus, für das Engagement zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Ebenso der Regierung Kanadas für die Schaffung der Möglichkeiten zur Durchführung eines Dialogs auf hoher Ebene zwischen den beiden Ländern.

Gleichzeitig haben wir beschlossen, einen Spion kubanischer Herkunft, der im Dienst jenes Landes gestanden hatte, aus der Haft zu entlassen und in die Vereinigten Staaten zu schicken.

Außerdem wurde heute aus humanitären Gründen auch der US-Bürger Alan Gross in sein Land zurückgeführt.

Ebenso haben wir die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beschlossen.

Auf unilaterale Weise, so wie wir es in strikter Einhaltung unseres Gesetzessystems handhaben, erhielten die entsprechenden Gefangenen Hafterleichterungen, bis hin zur Freilassung von Personen, an denen die Regierung der Vereinigten Staaten Interesse gezeigt hatte.

Das will nicht heißen, dass das Wichtigste gelöst sei. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die unserem Land enorme menschliche und ökonomische Schäden zufügt, muss enden.

Obwohl die Maßnahmen der Blockade zum Gesetz gemacht worden sind, kann der Präsident

der Vereinigten Staaten in Ausübung seiner Befugnisse deren Anwendung abwandeln.

Wir schlagen der Regierung der Vereinigten Staaten vor, beiderseitig Maßnahmen zu ergreifen, um das bilaterale Klima zu verbessern und die Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern voranzutreiben, die auf dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen beruhen müssen.

Kuba wiederholt seine Bereitschaft, in den multilateralen Organismen, wie der Organisation der Vereinten Nationen, zusammen zu arbeiten.

Während wir anerkennen, dass wir tiefe Meinungsverschiedenheiten haben, hauptsächlich in den Bereichen nationale Souveränität, Demokratie, Menschenrechte und Außenpolitik, bestätige ich erneut unseren Willen, all diese Themen zu besprechen.

Ich fordere die Regierung der Vereinigten Staaten dazu auf, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die Beziehungen zwischen unseren Völkern, den Familien und den Bürgern beider Länder unterbinden oder beschränken, insbesondere bezüglich der Reisen, des direkten Postverkehrs und der Telekommunikationen.

Die während der geführten Gespräche erreichten Fortschritte beweisen, dass es möglich ist, eine Lösung für viele Probleme zu finden.

Wie wir wiederholt ausgedrückt haben, müssen wir die Kunst erlernen, auf zivilisierte Art – mit unseren Meinungsverschiedenheiten – zusammen zu leben.

Auf diese wichtigen Themen kommen wir später zurück.

Vielen Dank.

Quelle: [Granma](#).

Teilen: